



Interviews

Datum: 26. April 2023

Michael Link, FDP, Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung, im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Mitgehört hat Michael Link (FDP), der Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung. Schönen guten Morgen!

Michael Link: Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

Schulz: Warum haben die US-Demokraten keinen oder keine andere?

Link: Ich glaube, die US-Demokraten haben mit Joe Biden, der ja **als** Präsident gesetzgeberisch eine erstaunlich aktive und auch erfolgreiche Rolle spielt, sie haben mit ihm einen Kandidaten, der ihnen die schwierige Auseinandersetzung erspart, zwischen ihren verschiedenen Flügeln zu wählen, eine neue Person herauszusuchen. Insofern ist das in gewisser Hinsicht für die Demokraten eine bequeme Wahl, aber natürlich auch mit einem hohen Restrisiko.

Schulz: Was ist mit der Hoffnungsträgerin von einst geworden, mit Kamala Harris?

Link: Kamala Harris hat sicherlich eine schwierige Aufgabe gehabt. Eine sehr schwierige Aufgabe ist der Vizepräsident ohnehin, aber sie hat auch von Präsident Biden noch mal dazu schwierige Aufgaben bekommen. Aber als Präsidentschaftskandidatin in dieser Situation war sie für die Demokraten nicht die erste Wahl, beziehungsweise wenn davon ausgegangen werden muss, dass auf der anderen Seite Trump wieder kandidiert bei den Republikanern, dann war in dieser Wette auf der demokratischen Seite Joe Biden die sicherere Wahl, denn momentan sieht alles danach aus, dass Trump auf der republikanischen Seite wieder nominiert wird. Aber wie gesagt: Auch das beinhaltet ein letztes Risiko, denn die Vorwahlen auf republikanischer Seite können auch noch anders ausgehen.

Schulz: Diese Einschätzungen zu Kamala Harris gehen auf Umfragen zurück, wobei hier auch diese Zahl ins Auge sticht, wonach 70 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner eigentlich auch gegen eine zweite Kandidatur von Joe Biden sind. Wie nervös muss uns das hier in Deutschland machen, dass die US-Demokraten da offenbar überhaupt nicht fähig zu einer Verjüngung sind.

Link: Ja! Wie gesagt: Das ist ein Phänomen, was damit zu tun hat, dass die Kandidaturen beider, sowohl Bidens als auch Trumps in ganz besonderer Weise miteinander fast schon verschlungen sind. Wenn der eine kandidiert, kandidiert der andere. Der eine, Biden, hat Trump schon einmal besiegt. Die Amerikaner wählen selten jemanden, der schon einmal verloren hat, wie Trump. Insofern rechnen sich die Strategen auf demokratischer Seite aus, dass sie hier die besten Chancen haben. Aber wie gesagt: Ein Restrisiko bleibt, denn beide

Kandidaten sind sehr alt und der amtierende Präsident, trotz aller Vorteile, die er in Zusammenarbeit mit Europa hat, ist ein Präsident, bei dem die Gesundheitsfrage immer wieder gestellt wird. Wir sollten allerdings auch realistischer Weise sehen, dass er bisher es gesundheitlich gut geschafft hat. Aber wie gesagt: Das Restrisiko bleibt. Umso wichtiger wäre es, dass beide Seiten, insbesondere auch die Demokraten, immer wieder versuchen zu reagieren, sollte auf der republikanischen Seite am Ende doch nicht Trump nominiert werden.

Schulz: Sie haben das Gesundheitsthema angesprochen, das Altersthema. Was wäre denn, wenn Joe Biden in diesem Wahlkampf wirklich aus gesundheitlichen Gründen aufgeben muss oder wenn da vielleicht auch was Akutes passiert?

Link: Da will ich nicht spekulieren, aber ich glaube, da wird die Demokratische Partei reagieren müssen. Es geht ja hier nicht darum, jetzt hier eine endgültige definitive Entscheidung zu machen, auch wenn alles dafür spricht, dass Joe Biden der demokratische Kandidat am Ende auch sein wird. Wie gesagt: Die Kandidaturen beider bedingen sich in gewisser Hinsicht. Trump hat es geschafft, auf der republikanischen Seite sich quasi unumgebar zu machen, und das hat auch automatisch die Chancen erhöht, dass derjenige auf der demokratischen Seite wieder gegen ihn antritt, der ihn schon einmal geschlagen hat.

Für uns ist, glaube ich, das Allerwichtigste, denn Sie fragen nach dem Risiko, dass wir lernen, dass dieser, für uns so entscheidend wichtige Partner USA – diplomatische, militärische handelspolitische Werte –, dass wir es schaffen, nicht nur zu schauen auf die Frage, wer sitzt im Weißen Haus, sondern dass wir die Beziehungen so wetterfest machen, dass wir auch mit dem Parlament, mit den Bundesstaaten, mit der amerikanischen Gesellschaft so enge Beziehungen haben, dass wir auch Situationen „durchstehen“ können, wenn wieder einmal eine andere Person im Weißen Haus sitzen sollte, die vielleicht mehr im Trump-Stil oder gar Trump selbst wäre.

Schulz: Darauf würde ich mit Ihnen auch gerne noch mal näher schauen, aber einen inhaltlichen Punkt will ich gerne noch machen. Joe Biden sagt jetzt, es gehe um die Seele Amerikas. Er hat vorher bei den Midterm Elections gesagt, es gehe um die Demokratie. Das ist per se ein ziemlich undemokratischer Zug, muss man sagen, wenn man sich selbst als letzten Kämpfer für die Demokratie stilisiert, jetzt sogar als Seelenretter der USA. Ist die Auseinandersetzung, der politische Wettstreit jetzt einfach so in den USA?

Link: Ich glaube, das ist sein stärkstes Argument, denn obwohl er sehr alt ist und obwohl viele sich jüngere Kandidaten wünschen, wünschen sich die Amerikaner auch nach den Umfragen ganz eindeutig weniger Spaltung. Sie wünschen sich Kandidaten, die die Gesellschaft wieder zusammenführen und nicht weiter spalten. Da ist Trumps Kurs mit seiner weiter sehr auf Spaltung, sehr auf Aggressivität, sehr auf Drama setzenden Politik (und zwar auch für viele andere republikanische Kandidaten) fast schon ein Vorbild. Schauen Sie auf den Kurs von DeSantis, der in vielen Bereichen, siehe Abtreibung, auf weiter kontroverse Maßnahmen setzt. Da ist Biden das Gegenbild und darauf setzen die Demokraten, dass er das verkörperte Gegenbild für die von der republikanischen Seite ins Feld geführte immer tiefere Spaltung ist, dass das gelingen könnte. Das ist eine Strategie, die einmal funktioniert hat und die

aus Sicht der demokratischen Strategen ein zweites Mal funktionieren kann. Aber wie gesagt: Ein letztes Risiko bleibt.

Schulz: So oder so wird Europa, wird Deutschland jetzt nicht mit expliziter Rücksichtnahme rechnen können in diesem Wahlkampf. Es gab jetzt schon Spannungen um dieses US-Investitionspaket, um die massiven Subventionen auch für US-Unternehmen. Schon mit dieser Weichenstellung ist da eher nicht Entspannung angesagt, oder?

Link: Wir müssen immer grundsätzlich auch bei demokratischen Amtsinhabern damit rechnen, dass der amerikanische Präsident immer zuerst die amerikanischen Interessen vertritt. Das ist ganz klar, das ist auch bei Joe Biden so. Aber man kann es auf kooperative Weise tun, so wie Joe Biden es tut, der Europa als Partner ernstnimmt, oder man kann es auf konfrontative Weise tun, so wie es Donald Trump getan hat, der die Beziehungen gerade mit der EU besonders belastet hat und versucht hat, immer wieder Europa zu spalten. Aber Interessenvertretung ist wichtig. Wir sollten selbst sehr viel besser lernen, unsere Interessen zu vertreten. Sie haben das Abkommen angesprochen, im Prinzip das fehlende Abkommen angesprochen. Es zeigt sich jetzt, wie schade es ist, dass wir kein belastbares Handelsabkommen haben. Über die letzten Jahre hätten wir das entwickeln können, insbesondere während der Obama-Amtszeit. Das ist leider nicht gelungen aufgrund von Fehlern sowohl auf der amerikanischen wie auf der europäischen Seite. Wir bräuchten es dringend. Momentan haben wir es nicht. Aber für die Zukunft sollte es der Auftrag sein, auch in diesem Bereich die Beziehungen so eng zu machen, dass sie unabhängiger davon werden, wer gerade im Weißen Haus sitzt.

Schulz: Wobei bei TTIP gab es aus Europa ganz massiven Widerstand, aber versenkt hat das damals ja Trump.

Link: Ja, er hat es endgültig versenkt. Aber der Zeitpunkt, wo wir es hätten machen können, ist vorher versäumt worden, und Sie haben völlig recht, es gab auch auf europäischer Seite sehr viel Widerstand dagegen. Die Fehler liegen auf beiden Seiten und jetzt geht es darum, das Richtige daraus zu lernen. Auch das gehört zur Zeitenwende, dass wir auch in diesen Beziehungen, den handelspolitischen Beziehungen, den wirtschaftspolitischen Beziehungen, dass wir da uns möglichst weniger gegenseitig Probleme machen sollten und möglichst unsere Beziehungen so gestalten, dass wir gemeinsam Herausforderungen wie die Seitens Chinas und anderer gemeinsam auch besser bestehen können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.